



Von der zionistischen Besiedelung bis Staatsgründung

Der Nahostkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern ist der älteste Regionalkonflikt in der internationalen Politik. Dieser Konflikt begann mit dem zionistischen Machtanspruch und in dessen Folge der „zionistischen Landnahme“ (Dan Diner) in Palästina am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Zionismus wäre ohne den grassierenden Antisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wohl eine exotische Ideologie geblieben und ist zum spätmöglichen Zeitpunkt auf der Bildfläche neben den bereits existierenden Nationalismen erschienen. Er kann nur im Zusammenhang mit dem Imperialismus und Kolonialismus am Ende des 19. Jahr-

hunderts angemessen gewürdigt werden. Das Problem von Staatlichkeit und Nationalität beschäftigte den ersten Zionistenkongress 1897 in Basel. Dort wurde das nationalistisch-politische Programm für die Gründung einer jüdischen „Heimstätte“ verabschiedet. Die Idee eines eigenen Staates wurde erstmals von Moses Hess 1862 formuliert. Allgemein hin gilt aber Theodor Herzl als der „Vater des Zionismus“. Der Zionismus konstituiert bis heute die Staatsräson Israels und ist die jüdische Variante des Nationalismus.

Die Leistungen des Zionismus können nur adäquat gewürdigt werden, wenn man auch seine Opfer, die



ischnen s zur g Israels

Palästinenser, mit berücksichtigt. Denn mit der Umsetzung der Idee des Zionismus begann auch die Tragödie des palästinensischen Volkes. Die zionistische Nationalbewegung entstand just zu dem Zeitpunkt als sich der westliche Kolonialismus anschickte, die Welt in Einflussphären aufzuteilen. Beide gingen eine Verbindung ein. Insbesondere der britische Imperialismus unterstützte die Zionisten in ihrem Verlangen, in Palästina eine „Heimstätte“ zu errichten, weil er seine Herrschaft im arabischen Raum gegenüber den anderen Kolonialmächten konsolidieren wollte. Ein weiteres gemeinsames Anliegen dieser Allianz war die Spaltung des ara-



Theodor Herzl
Zionist.
1860 - 1904

bischen Raumes. Widerstand gegen die nationalistische Interpretation des Judentums durch den Zionismus kam vom Reformjudentum und der Orthodoxie, weil für sie die Rückkehr in das Land Israel nur durch direktes Eingreifen Gottes in die Geschichte seines Volkes geschehen konnte.

Bis heute wird die Frage diskutiert, ob Herzl oder den anderen zionistischen Vertretern die Existenz der Araber nicht bekannt war oder sie für irrelevant erachtet wurden. Dass das Problem Herzl und anderen unbekannt war, kann heute wohl niemand mehr behaupten. Es war wohl eher eine Kombination von kultureller Über-

Zur Entstehungsgeschichte des Nahostkonfliktes

heblichkeit, Ignoranz und Zeitgeist, die eine unselige Allianz eingingen. Der

politische Slogan von Israel Zangwill „Ein Land ohne Volk, für ein Volk ohne Land“ traf zum damaligen Zeitpunkt ganz den expansionistischen Zeitgeist der Epoche. Er sollte einer der zionistischen Geschichtsmythen sein, die bis heute tradiert werden.

Nach Aussagen führender Vertreter der zionistischen Bewegung gab es keinen Zweifel, was mit der einheimischen Bevölkerung geschehen sollte. Israel Zangwill stellte sich vor, „die eingessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt“. Auch die

Idee eines Transfers wurde bereits von Herzl in seinem Tagebuch vorgeschlagen. „Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurück verkauft wird ihnen nichts.“ Dass die zionistische Bewegung nicht mit lauterer Motiven in Palästina siedeln wollte, zeigt schon im Jahre 1937 die Aussage David Ben Gurions, dem ersten Ministerpräsident Israels: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner [...] Wenn man sagt, dass Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt [...] Palästina muss und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.“ Die Absicht des Zionismus zielte also von Beginn an nicht auf die Teilung des Landes mit der einheimischen Bevölkerung, sondern stellte die arabische Präsenz generell in Frage.

Ohne die Hilfe einer Großmacht wäre die zionistische Bewegung nicht erfolgreich gewesen. Ein entscheidendes Dokument war die Erklärung von Lord Arthur James Balfour an Lord Walter Lionel Rothschild aus dem Jahre 1917. Sie war ein Freibrief zur Schaffung eines jüdischen Staates, obwohl sie vom Standpunkt des Völkerrechts ohne Belang war. Diese Erklärung stellte eine einseitige Sympathieerklärung der britischen Regierung dar. „Lieber Lord Rothschild, ich habe die große Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurde. Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles zu fördern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, das nichts ge-

schieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht jüdischen Gemeinschaft oder den Rechten und dem politischen Status der Juden in anderen Ländern Abbruch tun könnte“. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten.“

Diese Erklärung suggerierte, dass es in Palästina eine überwiegend jüdische Bevölkerung und einige unbedeutende Minoritäten gebe. Diese Minderheit lebte jedoch ununterbrochen seit 1300 Jahren in Palästina und besaß 97 Prozent des Landes. Die britische Regierung hatte also keinerlei Recht, das Schicksal der einheimischen Bevölkerung zur Disposition zu stellen. Dies wäre aber nicht so schlimm gewesen, wenn man das Recht auf Selbstbestimmung, das für andere „befreite Gebiete“ galt, auch für Palästina beachtet hätte. Dies geschah nicht zufällig, sondern aus britischer Sicht bewusst: „In Palästina schlagen wir noch nicht einmal vor, die Wünsche der augenblicklichen Bewohner auch nur in Betracht zu ziehen [...] Die vier Großmächte sind dem Zionismus verpflichtet. Mag der Zionismus richtig oder falsch, gut oder schlecht sein, er ist verwurzelt in einer langen Tradition, in den augenblicklichen Notwendigkeiten, in zukünftigen Hoffnungen, die von größerer Wichtigkeit sind als die Wünsche und die Nachteile von 700000 Arabern, die zur Zeit in diesem historischen Land le-

ben“, so Lord Balfour in einem Memorandum vom 11. August 1919 an seine Kabinettskollegen.

Ernsthaft haben weder jüdische Siedler noch die

britische Besatzungsmacht jemals den Versuch unternommen, zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Arabern zu kommen oder deren Rechte auf einen eigenen Staat einzulösen. Dass man ihre Interessen hätte berücksichtigen sollen, zeigt der Brief des Schriftstellers

Hans Kohn an Martin Buber von 1929: „Wir sind zwölf Jahre in Palästina, ohne auch nur einmal

ernstlich den Versuch gemacht zu haben, uns um die Zustimmung des Volkes zu kümmern, mit dem wir zu verhandeln, das im Land wohnt. Wir haben uns ausschließlich auf die Militärmacht Großbritanniens verlassen. Wir haben Ziele aufgestellt, die notwendigerweise und in sich selbst zu Konflikten mit den Arabern führen mussten und von denen wir uns sagen müssten, dass sie Anlass, und zwar berechtigter Anlass zu einem nationalen Aufstand gegen uns sind.“

Dieser sollte auch nicht lange auf sich warten lassen. Bei dem ersten Pogrom 1929 in Hebron wurden die dort lebenden Juden fast vollständig umgebracht. Aus Angst vor der beeindruckenden und gleichzeitig furchterregenden Entwicklung des jüdischen Yishuv (vorstaatliche Besiedlung Palästinas) kam es im Sommer 1936 zum Aufstand der Araber sowohl gegen die Mandatsmacht als auch gegen die zionistischen Siedler. Vorher hatte es immer wieder kleinere Zwischenfälle mit Toten ge-

geben. Die Palästinenser sahen bereits, dass die zionistische Kolonisierung des Landes allein zu ihren Lasten gehen würde. Der arabische Antizionismus machte sich 1936 somit erstmals gewaltsam Luft.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Kampfseinheiten und einheimischer palästinensischer Bevölkerung auf der einen Seite und der Kampf gegen die britische Mandatsmacht auf der anderen gerieten außer Kontrolle, so dass die Briten bereit waren, ihr vom Völkerbund erteiltes Mandat abzugeben. Als Palästina kurz vor einem Bürgerkrieg stand, wandten sich die Briten im Februar 1947 an die Vereinten Nationen. Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen Resolution Nr. 181, in der Palästina zwischen Arabern und Juden geteilt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Palästina 1 365 000 Araber und 710 000 Juden. Auch ohne den Holocaust hätte es folglich einen jüdischen Staat gegeben, aber gerade dieses Faktum trug dem zionistischen Bestreben, einen Staat zu gründen, in der Weltöffentlichkeit Sympathien ein. Das Ausmaß der Nazi-Verbrechen und die Fluchtbewegungen aus Europa beschleunigten zweifellos den Staatswerdungsprozess.

Man sollte aber die massive Unterstützung der Briten und der USA nicht unberücksichtigt lassen. Der Kampf der jüdischen Untergrundbewegungen war sowohl ein Antikolonialkrieg gegen die Briten als auch ein Versuch, gegen den Willen eines anderen Volkes, einen Staat auf dessen Territorium zu etablieren. Die gesamte arabische Welt lehnte den Teilungsplan ab, weil er das Recht der Palästinenser auf das ganze Land in Frage stellte und einen unschätzbaren Verlust an Rechten, Eigentum sowie politischen und sozialen Einrichtungen bedeutete. Die Araber bewerteten die jüdischen Ansprüche auf Palästina als rechtswidrige Inbesitznahme, als eine Form des Kolonialismus, die der ursprünglichen Bevölkerung ihr Recht auf einen Nationalstaat absprach. Dafür zeigte auch David Ben Gurion Verständnis, wie Nahum Goldmann berichtet: „Wieso sollten denn die Araber Frieden schließen? Wenn ich arabischer Führer wäre, ich würde nie ein solches Abkommen mit Israel unterzeichnen. Das ist doch ganz normal: wir haben ihr

Land genommen. Sicher, Gott hat es uns versprochen, aber wie kann sie das interessieren? Unser Gott ist nicht der ihre [...] Sie sehen nur eins: Wir sind gekommen und haben ihr Land geraubt. Warum sollten sie das hinnehmen?“ Die Palästinenser befürchteten, dieser Teilungsplan transformiere das „Judenproblem“ und den damit einhergehenden westeuropäischen Antisemitismus in den Nahen Osten.

Angesichts der Kampfhandlungen zog die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Teilungsplan weniger als sechs Monate nach seiner Annahme wieder zurück und unterbreitete einen Alternativvorschlag, der den Aufruf zu einer vorübergehenden Treuhänderschaft über das ungeteilte Palästina enthielt. Die Araber nahmen diesen Vorschlag an, die Zionisten lehnten ihn ab. Eine Sondersitzung der Versammlung wurde einberufen, um den Teilungsplan noch einmal in Erwägung zu ziehen. Während dieser Zeit nahmen die Zionisten die Sache selber in die Hand. Während die Briten ihr Mandat beendeten, besetzten sie Stadt um Stadt. Die Bevölkerung floh entweder oder wurde vertrieben. Dabei besetzten die zionistischen Streitkräfte nicht nur die Teile, die für einen jüdischen Staat vorgesehen waren. Bis Mitte Mai 1948 hatten zirka 300 000 Araber das Land verlassen, ohne dass auch nur ein einziger arabischer Soldat aus den Nachbarstaaten Palästina betreten hatte.

Als David Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel ausrief, waren sechs Prozent des gesamten Landes jüdischer Grundbesitz. Durch die kriegerische Aneignung besaß Israel 77 Prozent der Gesamtfläche Palästinas, also 21 Prozent mehr, als der UN-Teilungsplan vorsah. Die Zionisten akzeptierten den Teilungsplan. Fortan argumentierten sie, die palästinensischen Araber hätten ihr Recht auf irgendeinen Teil des Ganzen eingebüßt, da sie sich weigerten, sich mit der Hälfte Palästinas zufriedenzugeben. Diplomatische Anerkennung und massive ökonomische Unterstützung trugen zur Legitimation des neuen Staates bei.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist es um die Staatsgründung Israels zu heftigen Kontroversen gekommen. Seit der Öffnung der Archive hinterfra-

Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon vertritt eine Siedlungspolitik, die zur Konfrontation mit den Palästinensern führt



gen jüngere israelische Historiker immer öfter die offizielle Geschichtsdoktrin über die Staatswerdung, die sich zwischen 1948 und 1952 herausbildete. Neben Benny Morris hat insbesondere Simcha Flapan die offizielle israelische Geschichtsinterpretation in Frage gestellt. Er bewertete den „Plan D“ nicht als politischen Plan zur Vertreibung der Araber, sondern schien überzeugt, dass diese lediglich aus Sicherheitsgründen vertrieben worden seien. So werden von offizieller israelischer Seite immer wieder folgende Argumente vorgetragen:

- Das Einverständnis der zionistischen Bewegung mit der VN-Teilungsresolution vom November 1947 stellte einen einschneidenden Kompromiss dar, mit dem die zionistischen Juden ihre Vorstellungen von einem sich über ganz Palästina erstreckenden jüdischen Staat aufgaben und den Anspruch der Palästi-



nenser auf einen eigenen Staat anerkannten. Israel war zu diesem Opfer bereit, weil es die Voraussetzung dafür war, dass die Resolution in friedlicher Zusammenarbeit mit den Palästinensern verwirklicht werden konnte.

Dagegen behauptet Flapan, die Zustimmung zum Teilungsplan durch die Zionisten sei nur ein taktisches Zugeständnis im Rahmen einer unveränderten Gesamtstrategie gewesen. Sie zielte zum einen darauf ab, die Schaffung eines selbständigen Staates für die Palästinenser zu hintertreiben. Deshalb schloß Ben Gurion ein Geheimabkommen mit König Abdallah von Transjordanien, der mit der Annektierung des für die Palästinenser vorgesehenen Gebietes den ersten Schritt in Richtung auf sein erträumtes groß-syrisches Reich zu tun glaubte. Und zum anderen sollte durch diese Strategie das von der UNO für den

jüdischen Staat ausgewiesene Territorium ausgeweitet werden.

- Die arabischen Palästinenser lehnten eine Teilung Palästinas rundweg ab und folgten dem Aufruf des Mufti von Jerusalem, dem jüdischen Staat den totalen Krieg zu erklären. Dies zwang die Juden, sich auf eine militärische Lösung einzulassen.

Flapan meint, dass die arabischen Palästinenser die Teilung Palästinas ablehnten, sei nur die halbe Wahrheit. Der Mufti habe den Teilungsplan fanatisch bekämpft, doch die Mehrheit der Palästinenser sei seinem Aufruf zum „Heiligen Krieg“ gegen Israel zunächst nicht gefolgt. Im Gegenteil: Viele palästinensische Notablen und Gruppen bemühten sich, einen Modus vivendi mit dem neuen Staat zu finden. Erst der entschiedene Widerstand Ben Gurions gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates trieb die Palästinenser ganz auf die Seite des Mufti. Die Anzahl der Kämpfer war aber nicht sehr groß, und sie waren in Umfang, Ausrüstung und Ausbildung den Hagana-Truppen weit unterlegen.

- Sowohl vor als auch nach der israelischen Staatsgründung folgten die Palästinenser einem Aufruf der arabischen Führung, das Land vorübergehend zu verlassen, um mit den siegreichen Armeen zurückzukehren. Die jüdische Führung bemühte sich vergeblich, sie zum Bleiben zu bewegen.

Dagegen behauptet Flapan, die israelischen Politiker hätten die Palästinenser aus ihren Städten und Dörfern vertrieben. Während Morris dafür Sicherheitsgründe anführt, erklären Flapan den Transfer aus der zionistischen Ideologie heraus. Das Ziel der zionistischen Bewegung sei es gewesen, einen „jüdischen Staat“ zu schaffen. Dazu bedurfte es der Vertreibung der Einwohner. Bereits 1938 sagte Ben Gurion auf einer Sitzung seiner Partei: „Ich bin für die zwangsweise Aussiedlung. Ich sehe nichts Unmoralisches darin.“

- Alle arabischen Staaten hatten sich am 15. Mai 1948 vereint, um in Palästina einzumarschieren, den neu entstandenen jüdischen Staat zu vernichten und dessen jüdische Bewohner zu vertreiben.

Die arabischen Staaten wollten in erster Linie das Abkommens zwischen der provisorischen jüdischen Regierung und König Abdallah verhindern. Sie marschierten erst nach der Ausrufung des Staates Israel und nach dem Ende des Britischen Mandats in Palästina ein, um ihren arabischen Freunden zur Hilfe zu kommen. Es war nicht ihre Absicht, Israel zu zerstören. So befahl die jordanische Regierung dem General, der die jordanischen Truppen führte, nicht in jüdisches Gebiet einzumarschieren.

- Dieser arabische Einmarsch – unter Verstoß gegen die UNO -Teilungsresolution – machte den Krieg von 1948 unvermeidlich.

Auch der Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten sei nach Flapan nicht unvermeidlich gewesen. Die Araber hatten einem in letzter Minute vorgelegten amerikanischen Vorschlag zugestimmt, der einen dreimonatigen Waffenstillstand unter der Bedingung vorsah, dass Israel seine Unabhängigkeitserklärung zeitweilig aufschiebe. Die provisorische israelische Regierung lehnte den amerikanischen Vorschlag mit sechs zu vier Stimmen ab.

- Das kleine Israel stand dem Angriff der arabischen Streitkräfte gegenüber wie weiland David dem Riesen Goliath: ein zahlenmäßig weit unterlegenes, schlecht bewaffnetes Volk, das Gefahr lief, von einer übermächtigen Militärmaschinerie zerquetscht zu werden.

Der Vergleich von David und Goliath gehöre ins Reich der Legenden. Ben Gurion räumte ein, dass der eigentliche Selbstverteidigungskrieg nur vier Wochen dauerte, bis zum Waffenstillstand vom 11. Juni. Danach trafen umfangreiche Waffenlieferungen in Israel ein. Die besser ausgebildeten und erfahreneren israelischen Truppen erlangten damit eine waffentechnische Überlegenheit zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

- Israel hat seine Hand immer zum Friedensschluss ausgestreckt, aber kein arabischer Führer hat je das Existenzrecht Israels anerkannt; somit gab es niemanden, mit dem man Friedensgespräche hätte führen können.

Ebenfalls nicht korrekt: In den Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1952 wies Israel zahlreiche von arabischen Staaten und neutralen Vermittlern unterbreitete Vorschläge zurück, die zu einer Friedensregelung hätten führen können.

Bis zum Waffenstillstand von 1949 waren 750 000 Palästinenser geflohen. Die Vereinten Nationen verabschiedeten mehrere Resolutionen zur Rückführung der Flüchtlinge, aber die Israelis verweigerten ihnen die Rückkehr. Sie leben bis heute in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Gaza, Syrien, Libanon, der Westbank und in der Diaspora. Von 550 verlassenen palästinensischen Orten, wurden bis auf 121 alle zerstört. Diese Ereignisse haben sich im palästinensischen Bewusstsein als „Katastrophe“ etabliert. ■

Zum Beitrag

Autoren

Ludwig Watzal, Jahrgang 19XX, ist Mitarbeiter der Bundeszentrale für Politische Bildung in Bonn.

Zusammenfassung

Konrad Adenauer ist am Anfang seiner 4. Amtsperiode als Bundeskanzler aufgrund seines Alters (85), zweier vorausgegangener Krisen (Bau der Berliner Mauer 1961 und Spiegel-Affäre 1962) ein Kanzler auf Abruf. Sein Rücktritt vor 40 Jahren ist Anlass für eine Kurzbiografie

Literatur

Gerhard Kümmel & Ines-Jacqueline Werkner (Hg.) (2003). Soldat, weiblich, Jahrgang 2001. Sozialwissenschaftliche Begleituntersuchungen zur Integration von Frauen in die Bundeswehr - Erste Befunde (SOWI Bericht Nr. 76). Strausberg: SOWI.

Internet

www.sowi.de

Fotos

dpa (4)